

Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht

Band 119

**Rechtliche Regelungen des Streikes
und wirtschaftliche Auswirkungen in der
Bundesrepublik Deutschland, Österreich,
Belgien, Frankreich und Italien**

**Eine rechtsvergleichende Untersuchung im Hinblick auf
die Frage nach der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit einer
expliziten positivrechtlichen Gewährleistung des Streikrechtes**

Von

Marc Bohr



Duncker & Humblot · Berlin

MARC BOHR

**Rechtliche Regelungen des Streikes und
wirtschaftliche Auswirkungen in der Bundesrepublik Deutschland,
Österreich, Belgien, Frankreich und Italien**

Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht

Band 119

Rechtliche Regelungen des Streikes und wirtschaftliche Auswirkungen in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien, Frankreich und Italien

**Eine rechtsvergleichende Untersuchung im Hinblick auf
die Frage nach der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit einer
expliziten positivrechtlichen Gewährleistung des Streikrechtes**

Von

Dr. Marc Bohr



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Bohr, Marc:

Rechtliche Regelungen des Streikes und wirtschaftliche Auswirkungen in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien, Frankreich und Italien : eine rechtsvergleichende Untersuchung im Hinblick auf die Frage nach der wirtschaftlichen Zweckmässigkeit einer expliziten Gewährleistung des Streikrechtes / von Marc Bohr. — Berlin : Duncker und Humblot, 1992

(Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht ; Bd. 119)

Zugl.: Würzburg, Univ., Diss., 1992

ISBN 3-428-07599-4

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1992 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Fotoprint: Werner Hildebrand, Berlin 65

Printed in Germany

ISSN 0582-0227

ISBN 3-428-07599-4

Meinem lieben Vater

Vorwort

Die vorliegende Arbeit hat im Wintersemester 1991/92 der Juristischen Fakultät der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg als Dissertation vorgelegen.

Herrn Prof. Dr. Karl-Georg Loritz, der die Arbeit angeregt und betreut hat, danke ich sehr herzlich für seine stete Gesprächsbereitschaft und Betreuung.

Herrn Prof. Dr. Wollenschläger möchte ich für die Erstellung des Zweitgutachtens danken.

Weiteren Dank aussprechen möchte ich Herrn Prof. Dr. Birk und seinen Mitarbeitern am Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Gemeinschaft (Trier), die mir gestatteteten, die Bibliothek des Instituts zu nutzen.

Herrn Rechtsanwalt Prof. Simon danke ich für die Aufnahme der Arbeit in seine Schriftenreihe.

Frau Brigitte und Herrn Peter Poglitsch danke ich sehr herzlich für die Hilfe, die sie mir bei der Erstellung der Arbeit zuteil kommen ließen.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	25
I. Die Problemstellung	25
II. Mögliche Arten der Regelungen des Streikrechtes	27
III. Gang der Darstellung	28
<i>1. Kapitel</i>	
Problematik der Vergleichbarkeit der verschiedenen Regelungen des Streikrechtes	
	29
§ 1 Problemaufriß	29
§ 2 Musterdefinition des Streiks	31
A. Inhalt der Musterdefinition	31
B. Folgerungen und Abgrenzungen	33
I. Vollständige Arbeitsniederlegung	33
1. Bummelstreik	34
2. Dienst nach Vorschrift	34
3. Intermittierender Streik	35
4. Überraschender Streik	35
5. Umlaufender Streik	35
II. Kollektiver Charakter	36
1. Arbeitsniederlegung eines einzelnen Arbeitnehmers	36
2. Individualkündigungen	37
3. Streik einer Minderheit von Arbeitnehmern	37
4. Wilder Streik	38
III. Durchsetzung bestimmter Regelungsziele	38
1. Regelungsstreit	38
2. Politischer Streik	38

2. Kapitel

Darstellung der rechtlichen Regelung des Streikes in Ländern ohne explizite positivrechtliche Gewährleistung des Streikrechtes	40
§ 1 Einleitung	40
§ 2 Österreich	40
A. Überblick und historischer Abriss	40
B. Das Streikrecht	44
I. Definition des Streikes	44
1. Vollständige Arbeitsniederlegung	45
a. Bummelstreik	45
b. Dienst nach Vorschrift	46
c. Intermittierender Streik	46
2. Kollektiver Charakter	47
a. Arbeitsniederlegung eines einzelnen Arbeitnehmers	47
b. Individualkündigungen	48
c. Streik einer Minderheit von Arbeitnehmern	49
d. Wilder Streik	49
3. Durchsetzung bestimmter Regelungsziele	49
a. Regelungsstreit	49
b. Politischer Streik	50
4. Zusammenfassung	51
II. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen des Streikes	51
1. Grundsatz	51
2. Strafrechtliche Schranken	52
a. Spezielle Regelungen	52
b. Allgemeine Regelungen	52
aa. Nötigung § 105 StGB	52
bb. Gefährliche Drohung § 107 StGB	53
cc. Erpressung § 144 StGB	54
dd. Schutz vor Koalitionszwang, § 4 AntiterrorG, § 3 KoalG	54
ee. Schutz von Leben, Gesundheit, Eigentum §§ 176, 177 StGB	55
c. Zusammenfassung	55
3. Zivilrechtliche Schranken	55
a. Spezielle Regelungen	55
aa. Betriebsverfassungsrechtliche Friedenspflicht	55
bb. Vertragliche Friedenspflicht	56
b. Allgemeine Regelungen	58
aa. § 1311 ABGB	58
bb. § 1295 Abs.1 ABGB	58
α) Rechtswidrigkeit wegen sorgfaltswidriger Beeinträchtigung eines absolut geschützten Rechtsgutes	58
β) Rechtswidrigkeit wegen Verleitung zum Vertragsbruch	59
cc. § 1295 Abs.2 ABGB	60
α) Rechtswidrigkeit wegen unzulässigem Streikgegner	61
(1) Wilder Streik	61
(2) Solidaritätsstreik	62
(3) Politischer Streik	62
β) Rechtswidrigkeit wegen unzulässigem Ziel des Streikes	63

γ) Rechtswidrigkeit wegen unzulässiger Durchführung des Streikes	64
c. Zusammenfassung	65
4. Sonstige Schranken der Streikfreiheit	65
a. Das ultima-ratio-Prinzip	65
b. Der Streik im öffentlichen Dienst	65
III. Rechtsfolgen rechtmäßiger Streiks	66
1. Rechtsfolgen auf kollektivrechtlicher Ebene	66
2. Rechtsfolgen auf individualrechtlicher Ebene	67
a. Auswirkungen des Streikes auf die streikenden Arbeitnehmer	68
aa. Der Entgeltanspruch der streikenden Arbeitnehmer	69
bb. Der Bestand des Arbeitsverhältnisses	69
cc. Schadensersatzpflicht der streikenden Arbeitnehmer wegen Vertragsbruches	71
b. Auswirkungen des Streikes auf die nichtstreikenden Arbeitnehmer	73
aa. Auswirkungen auf Arbeitnehmer des bestreikten Betriebes	73
bb. Auswirkungen auf Arbeitnehmer nichtbestreikter Betriebe	75
c. Auswirkungen des Streikes auf Dritte	76
d. Auswirkungen des Streikes auf das Sozialrecht	76
C. Statistischer Überblick	77
I. Arbeitskämpfe insgesamt, beteiligte Arbeitnehmer und verlorene Arbeitstage	79
II. Anzahl der verlorenen Arbeitstage pro kampfbeteiligten Arbeitnehmer	80
III. Anzahl der verlorenen Arbeitstage pro beschäftigte Erwerbsperson	83
§ 3 Belgien	85
A. Überblick und historischer Abriß	85
B. Das Streikrecht	88
I. Definition des Streikes	88
1. Vollständige Arbeitsniederlegung	88
a. Bummelstreik	89
b. Dienst nach Vorschrift	89
c. Intermittierender Streik	90
d. Umlaufende Streiks	91
2. Kollektiver Charakter	92
a. Arbeitsniederlegung eines einzelnen Arbeitnehmers	92
b. Streik einer Minderheit von Arbeitnehmer	93
c. Wilder Streik	94
3. Durchsetzung bestimmter Regelungsziele	95
a. Regelungsstreit	96
b. Politischer Streik	97
4. Zusammenfassung	98
II. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen des Streikes	99
1. Grundsatz	99
2. Grenzen aus den Grundsätzen des allgemeinen Rechts	99
a. Beschränkung der Vereinigungsfreiheit	100
b. Betriebsbesetzungen	100

c.	Solidaritätsstreik	103
3.	Grenzen aus dem Gesetz vom 19.8.1948	104
a.	Regelungsgrundlagen und Zielvorstellungen	105
b.	Betroffene Unternehmen	106
c.	Inhaltliche Bestimmung des lebenswichtigen Bedarfes	106
d.	Betroffene Personen	108
e.	Auswirkungen der Auswahl auf die Betroffenen	109
f.	Verfahrensweisen	109
4.	Grenzen aus Tarifverträgen	110
a.	Tarifvertragliche Friedenspflicht	111
b.	Tarifvertragliche Verfahrensanforderungen	112
5.	Grenzen für bestimmte Berufsgruppen	113
a.	Verwaltungsrecht	113
b.	Strafrecht	114
III.	Rechtsfolgen rechtmäßiger Streiks	114
1.	Rechtsfolgen auf kollektivrechtlicher Ebene	115
2.	Rechtsfolgen auf individualrechtlicher Ebene	116
a.	Auswirkungen des Streikes auf die streikenden Arbeitnehmer ¹	116
aa.	Auswirkungen nach der Trennungstheorie	117
α)	Der Bestand des Arbeitsvertrages	118
β)	Der Entgeltanspruch der streikenden Arbeitnehmer	119
γ)	Schadensersatzpflicht der streikenden Arbeitnehmer	120
bb.	Auswirkungen nach der Einheitsstheorie	121
α)	Der Bestand des Arbeitsvertrages	123
β)	Der Entgeltanspruch der streikenden Arbeitnehmer	124
γ)	Schadensersatzpflicht der streikenden Arbeitnehmer	125
b.	Auswirkungen des Streikes auf die nichtstreikenden Arbeitnehmer	126
aa.	Auswirkungen auf Arbeitnehmer des bestreikten Betriebes	126
α)	Grundsatz	126
β)	Ausnahmen	126
(1)	Kein eigenes Fehlverhalten	128
(2)	Unmöglichkeit der Ausführung	128
(3)	Unvorhersehbarkeit	129
bb.	Auswirkungen auf Arbeitnehmer nichtbestreikter Betriebe	130
c.	Auswirkungen des Streikes auf Dritte	130
d.	Auswirkungen des Streikes auf das Sozialrecht	131
aa.	Kranken- und Invaliditätsversicherung	131
bb.	Versicherung gegen ungewollte Arbeitslosigkeit	131
cc.	Ruhegehälter	132
C.	Statistischer Überblick	132
I.	Arbeitskämpfe insgesamt, beteiligte Arbeitnehmer und verlorene Arbeitstage	133
II.	Anzahl der verlorenen Arbeitstage pro kampfeteiligtem Arbeitnehmer	135
III.	Anzahl der verlorenen Arbeitstage pro beschäftigter Erwerberson	137

3. Kapitel

**Darstellung der rechtlichen Regelungen des Streikes in Ländern mit expliziter
positivrechtlicher Gewährleistung des Streikrechtes** 139

§ 1 Einleitung	139
§ 2 Frankreich	139
A. Überblick und historischer Abriß	139
B. Das Streikrecht	141
I. Definition des Streikes	141
1. Vollständige Arbeitsniederlegung	142
a. Überraschender Streik	143
b. Wiederholter kurzfristiger Streik	145
c. Umlaufender Streik	146
d. Bummelstreik	147
e. Dienst nach Vorschrift	148
2. Kollektiver Charakter	149
a. Arbeitsniederlegung eines einzelnen Arbeitnehmers	149
b. Streik einer Minderheit von Arbeitnehmer	150
c. Wilder Streik	151
3. Durchsetzung bestimmter Regelungsziele	152
a. Regelungsstreit	152
b. Politischer Streik	153
4. Zusammenfassung	155
II. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen des Streikes	155
1. Grundsatz	156
2. Schranken aus dem Schutz anderer Rechtsgüter vergleichbaren verfassungsrechtlichen Ranges	157
3. Mißbrauch des Streikrechtes	158
a. Mißbräuchliche Motive	158
aa. Solidaritätsstreiks	158
bb. Streik mit Forderungen, die vom AG nicht erfüllt werden können	159
b. Mißbräuchliche Formen	162
aa. Desorganisation	162
bb. Aufstellen von Streikposten	163
cc. Betriebsbesetzungen	164
4. Der Streik im öffentlichen Dienst	168
a. Untersagung der Ausübung des Streikrechtes	169
b. Regelung der Ausübung des Streikrechtes	169
aa. Anwendungsbereich der gesetzlichen Regelung	169
bb. Vorankündigung durch repräsentative Gewerkschaft	170
cc. Verbot umlaufender Streiks	171
III. Rechtsfolgen rechtmäßiger Streiks	171
1. Rechtsfolgen auf kollektivrechtlicher Ebene	171
a. Haftung wegen Verstoßes gegen eine Kollektivvereinbarung	172
b. Haftung wegen rechtswidriger Einzelaktionen	172
aa. Auffassung der Rechtslehre	173
bb. Auffassung der Rechtsprechung	175
2. Rechtsfolgen auf individualrechtlicher Ebene	177

a.	Auswirkungen des Streikes auf die streikenden Arbeitnehmer	177
aa.	Der Bestand des Arbeitsvertrages	177
α)	Die Auswirkungen der Suspendierung auf den Arbeitsvertrag	178
β)	Die Auswirkungen der Suspendierung auf die Disziplinalgewalt	180
bb.	Der Entgeltanspruch der streikenden Arbeitnehmer	181
α)	Grundsatz: Entfall der Lohnzahlungspflicht des Arbeitgebers	181
β)	Ausnahme: Lohnzahlungspflicht des Arbeitgebers	182
cc.	Schadensersatzpflicht der streikenden Arbeitnehmer	183
b.	Auswirkungen des Streikes auf nichtstreikende Arbeitnehmer	184
c.	Auswirkungen des Streikes auf Dritte	186
d.	Auswirkungen des Streikes auf das Sozialrecht	187
C.	Statistischer Überblick	189
I.	Abeitskämpfe insgesamt, beteiligte Arbeitnehmer und verlorene Arbeitstage	190
II.	Anzahl der verlorenen Arbeitstage pro kampfbeteiligtem Arbeitnehmer	192
III.	Anzahl der verlorenen Arbeitstage pro beschäftigter Erwerbsperson	193
§ 3	Italien	195
A.	Überblick und historischer Abriss	195
B.	Das Streikrecht	197
I.	Definition des Streikes	198
1.	Vollständige Arbeitsniederlegung	198
a.	Überraschender Streik	199
b.	Wiederholter kurzfristiger Streik	201
c.	Passiver Widerstand	202
2.	Kollektiver Charakter	202
a.	Arbeitsniederlegung eines einzelnen Arbeitnehmers	203
b.	Streik einer Minderheit von Arbeitnehmer	204
c.	Wilder Streik	204
3.	Durchsetzung bestimmter Regelungsziele	206
a.	Regelungsstreit	206
b.	Politischer Streik	208
4.	Weitere begriffliche Erfordernisse	211
5.	Zusammenfassung	211
II.	Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen des Streikes	212
1.	Grundsatz	212
2.	Externe Grenzen	214
a.	Betriebsbesetzungen	214
b.	Der Streik im öffentlichen Dienst	215
c.	Politischer Streik	217
3.	Interne Grenzen	218
a.	Interne Grenzen der Streikziele	218
aa.	Proteststreik	218
bb.	Solidaritätsstreik	219
b.	Interne Grenzen der Streikformen	221

aa. Schachbrettstreik	221
bb. Schluckaufstreiks	222
cc. Überraschungstreik	222
4. Friedenspflicht	223
III. Rechtsfolgen rechtmäßiger Streiks	224
1. Rechtsfolgen auf kollektivrechtlicher Ebene	224
2. Rechtsfolgen auf individualrechtlicher Ebene	225
a. Auswirkungen des Streikes auf die streikenden Arbeitnehmer	225
aa. Der Bestand des Arbeitsvertrages	226
bb. Der Entgeltanspruch der streikenden Arbeitnehmer	227
cc. Schadensersatzpflicht der streikenden Arbeitnehmer	227
b. Auswirkungen auf die nichtstreikenden Arbeitnehmer	228
c. Auswirkungen des Streikes auf Dritte	230
d. Auswirkungen auf das Sozialrecht	233
C. Statistischer Überblick	233
I. Arbeitskämpfe insgesamt, beteiligte Arbeitnehmer und verlorene Arbeitstage	234
II. Anzahl der verlorenen Arbeitstage pro kampfbeteiligtem Arbeitnehmer	236
III. Anzahl der verlorenen Arbeitstage pro beschäftigter Erwerbsperson	237

4. Kapitel

Auswirkungen der verschiedenen positivrechtlichen Regelungen auf die Gestaltung des Streikes	240
§ 1 Problemaufriß	240
§ 2 Auswirkungen auf die Gestaltung des Streikrechtes	241
A. Allgemeine Aspekte	241
B. Definition des Streikes	242
I. Vollständige Arbeitsniederlegung	243
1. Bummelstreik und Dienst nach Vorschrift	243
2. Intermittierender Streik, überraschender Streik und umlaufender Streik	244
II. Kollektiver Charakter	245
III. Durchsetzung bestimmter Regelungsziele	246
IV. Sonstige begriffliche Erfordernisse	247
V. Zusammenfassung und Beurteilung	247
C. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen des Streikes	247
I. Subjekt und Natur des Streikrechtes	247

II. Gesetzliche Beschränkungen der Streikmöglichkeit	248
1. Der Streik im öffentlichen Dienst	248
2. Betriebsbesetzung	249
3. Wilder Streik	250
4. Solidaritätsstreik	251
5. Politischer Streik	251
III. Tarifvertragliche Beschränkungen der Streikmöglichkeit	252
D. Rechtsfolgen rechtmäßiger Streiks	253
I. Rechtsfolgen auf kollektivrechtlicher Ebene	253
II. Rechtsfolgen auf individualrechtlicher Ebene	254
1. Auswirkungen auf die streikenden Arbeitnehmer	254
a. Der Bestand des Arbeitsvertrages	254
b. Der Entgeltanspruch der streikenden Arbeitnehmer	254
c. Schadensersatzpflicht der streikenden Arbeitnehmer	255
2. Auswirkungen des Streikes auf die nichtstreikenden Arbeitnehmer	255
3. Auswirkungen des Streikes auf Dritte	256
4. Auswirkungen auf das Sozialrecht	257
§ 3 Auswirkungen auf das tatsächliche Streikgeschehen	258
A. Probleme der statistischen Vergleichbarkeit	258
B. Statistischer Vergleich des tatsächlichen Streikgeschehens	260
I. Das tatsächliche Streikgeschehen in Ländern ohne explizite positivrechtliche Gewährleistung des Streikrechtes	261
II. Das tatsächliche Streikgeschehen in Ländern mit expliziter positivrechtlicher Gewährleistung des Streikrechtes	262
III. Beurteilung des statistischen Vergleichs	264
§ 4 Zusammenfassung und Beurteilung der Ergebnisse des 4. Kapitels	265

5. Kapitel

Der Streikbegriff in der Bundesrepublik Deutschland	266
§ 1 Grundlagen der Streikdefinition in der Bundesrepublik Deutschland	266
§ 2 Begriffsmerkmale des Streikes in der Bundesrepublik Deutschland	267
A. Vollständige Arbeitsniederlegung	267
I. Bummelstreik	268
II. Dienst nach Vorschrift	268
III. Intermittierender Streik	269
IV. Überraschender Streik	269

Inhaltsverzeichnis	17
V. Umlaufender Streik	270
B. Kollektiver Charakter	270
I. Arbeitsniederlegung eines einzelnen Arbeitnehmers	271
II. Individualkündigungen	271
III. Streik einer Minderheit von Arbeitnehmer	272
IV. Wilder Streik	272
C. Durchsetzung bestimmter Regelungsziele	272
I. Regelungsstreit	273
II. Politischer Streik	273
§ 3 Zusammenfassung	274
<i>6. Kapitel</i>	
Die ökonomische Analyse des Streikes in der Marktwirtschaft	275
§ 1 Einleitung und Problemaufriß	275
§ 2 Bestehen systemimmanente Notwendigkeiten für die Existenz von Streiks in einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem	277
A. Überblick	277
B. Mögliche Argumente für die Notwendigkeit von Streiks	277
I. Streiks als Korrektur ökonomischer Macht	277
1. Die Marx'sche Position	278
2. Überprüfung der Marx'schen Position	278
3. Zwischenergebnis	284
II. Streik als Korrektur der Ausbeutbarkeit des Produktionsfaktors	284
1. Argumente für diese Auffassung	284
2. Überprüfung der Argumente	285
a. Tendenzielles Überangebot an Arbeitskräften	286
b. Oligopolistische bzw. teilmonopolistische Struktur der Nachfrage des Arbeitsmarktes	289
c. Der Arbeitsmarkt als typisch unvollkommener Markt	292
3. Zwischenergebnis	293
III. Streik als Korrektur des Marktversagens	294
1. Allgemeingültigkeit des Marktversagens zwischen Lohnhöhe und individuellem Arbeitsangebot	295
a. Phase 1: Entlohnung im Bereich des Existenzminimums	296
b. Phase 2: Entlohnung liegt über dem Existenzminimum, es bestehen dringende Konsumwünsche	297
c. Phase 3: Die Entlohnung gewährleistet einen gewissen Luxus der Lebenshaltung	299
d. Zwischenergebnis	300

2.	Lohnsituation in der Bundesrepublik	301
3.	Streik als geeignetes Mittel zur Korrektur des Marktversagens	303
4.	Zwischenergebnis	303
IV.	Notwendigkeiten des Streikes auf Grund der Besonderheiten des Lohnfindungsprozesses	304
1.	Lohntheorie von Hicks	304
2.	Die Risikotheorien von Shackle, Pen und Zeuthen	307
3.	Allgemeine Verhandlungstheorien auf spieltheoretischer Basis	311
4.	Theorie der Trucking Games	312
V.	Zusammenfassung	315
§ 3	Wirtschaftliche Auswirkungen von Streiks	316
A.	Vorbemerkung	316
I.	Methodische Probleme	317
II.	Logische Probleme	317
III.	Statistische Probleme	318
B.	Kurzfristige Auswirkungen von Streiks	319
I.	Mikroökonomische Auswirkungen	319
1.	Auswirkungen auf kampfbeteiligte Arbeitnehmer	320
a.	Kampfbeteiligte Arbeitnehmer sind Gewerkschaftsmitglieder	320
aa.	Kosten	320
α)	Vergütungsanspruch	320
β)	Erstattungen im Krankheitsfalle	321
γ)	Mutterschaftsgeld, Erziehungsgeld	324
δ)	Anwartschaftsrecht, Anwartschaften	324
ε)	Zwischenergebnis	325
bb.	Erträge	325
α)	Streikbedingte Lohnerhöhungen	325
β)	Streikunterstützung durch Gewerkschaften	328
γ)	Leistungen durch die Bundesanstalt für Arbeit	333
δ)	Zusammenfassung	333
cc.	Berechnung nach dem Ansatz von Eaton	334
b.	Kampfbeteiligte Arbeitnehmer sind keine Gewerkschaftsmitglieder	336
aa.	Kosten	337
bb.	Erträge	337
cc.	Berechnung nach dem Ansatz von Eaton	338
2.	Auswirkungen auf kampfbeteiligte Arbeitgeber	339
a.	Kosten	340
aa.	Produktionsausfälle	340
α)	Erste Extremsituation: Vollständige Kompensation des Produktionsausfalles	342
β)	Zweite Extremsituation: Keine Kompensation des Produktionsausfalles	342
bb.	Schadensersatzzahlungen	343
cc.	Lohnerhöhungen	344
dd.	Zwischenergebnis	344
b.	Erträge	345

aa. Entfall des Vergütungsanspruches der Arbeitnehmer	345
bb. Minderung der Forderungen der Arbeitnehmer	346
c. Beurteilung	348
3. Auswirkungen auf Gewerkschaften	349
4. Auswirkungen auf indirekt betroffene Arbeitnehmer und Arbeitgeber	352
a. Besondere Problematik der Auswirkungen auf indirekt betroffene Arbeitnehmer und Arbeitgeber	352
b. Auswirkungen auf indirekt betroffene Arbeitnehmer	352
c. Auswirkungen auf indirekt betroffene Arbeitgeber	355
II. Makroökonomische Auswirkungen	357
1. Unternehmenssektor	357
a. Erste Extremsituation: Kompensation des Produktionsausfalles	358
b. Zweite Extremsituation: Keine Kompensation des Produktionsausfalles	359
c. Zwischenergebnis	363
2. Sektor private Haushalte	363
a. Lohneinbußen	364
b. Konsumbeeinträchtigung	366
c. Zwischenergebnis	367
3. Staatssektor	367
4. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen	370
III. Zusammenfassung der kurzfristigen Auswirkungen von Streiks	371
C. Langfristige Auswirkungen von Streiks	372
I. Auswirkungen auf die Arbeitnehmer	372
II. Auswirkungen auf die Arbeitgeber	375
III. Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft	380
1. Preisniveaustabilität	380
2. Wachstum der Wirtschaft	383
a. Definition des Wachstums	383
b. Entscheidende Wachstumsfaktoren	383
c. Auswirkungen des Streikes auf die Wachstumsfaktoren	384
aa. Bevölkerungsvermehrung	384
bb. Kapitalbildung bzw. Investitionstätigkeit	384
cc. Technischer Fortschritt	386
IV. Zusammenfassung der langfristigen Auswirkungen von Streiks	387
§ 4 Ergebnisse der ökonomischen Analyse der Streikes in der Marktwirtschaft	388

7. Kapitel

Beantwortung der Frage, ob sich für die Bundesrepublik Deutschland eine explizite positivrechtliche Gewährleistung des Streikrechtes empfiehlt	389
---	------------

8. Kapitel

Zusammenfassung	390
Literaturverzeichnis	396

Abkürzungsverzeichnis

A.A.	Andere Ansicht
AB	Ausschußbericht
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
Abs.	Absatz
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AG	Arbeitgeber
Al.	Alinéa, alinéas
Allg.	Allgemein, allgemeine
Am.Ec.Rev.	American Economic Review
An	Arbeitnehmer
AngG	Angestelltengesetz
Anm.	Anmerkung
Ann.dr.Liège	Jurisprudence de la cour d'appel de Liège
AntiterrorG	Antiterrorgesetz
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
ArbeitslosenversicherungsG	Arbeitslosenversicherungsgesetz
ArbeitsverfassungsG	Arbeitsverfassungsgesetz
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbVG	Arbeitsvertragsgesetz
Art.	Article, articolo, Artikel
AÜG	Gesetz zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz)
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BB	Der Betriebs-Berater
BErzG	Bundeserziehungsgeldgesetz
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
BFH	Bundesfinanzhof
Bd.	Band
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BPersVG	Bundespersönlichkeitsvertretungsgesetz
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BSI.BI.	Bundessteuerblatt
Brux.	Bruxelles
Bull.	Bulletin des arrêts de la cour de cassation, chambres civiles.
Bull.crim.	Bulletin des arrêts de la cour de cassation, chambre criminelle.
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

C.appel	Arrêt de cour d'appel
Cass.ass.plén	Arrêt de la cour de cassation assemblée plénière
Cass.ch.mixte	Arrêt de la cour de cassation, chambre mixte.
Cass.civ.	Arrêt de la cour de cassation, chambre civile.
Cass.crim.	Arrêt de la cour de cassation, chambre criminelle.
C.E.	Conseil d'état
Civ.	Civil
CNT	Conseil national du travail
Cons. const.	Conseil constitutionnel
Corte cass.	Corte di cassazione
Corte cost.	Corte costituzionale
Cour de cass.	Arrêt de la cour de cassation belge
Cour trav.	Arrêt de la cour du travail
D.	Recueil de jurisprudence de Dalloz
DB	Der Betrieb
Ders.	Derselbe
D.h.	Das heißt
Dir.lav.	Il diritto del lavoro
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DRdA	Das Recht der Arbeit
Dr.ouvr.	Droit ouvrier
Dr.soc.	Droit social
Dt.	Deutsch
Ed.C.I.	Edition commerce et industrie
Ed.G.	Edition générale
EStG	Einkommenssteuergesetz
EG	Europäische Gemeinschaften
Evtl.	Eventuelle
EZA	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht
F, ff.	Folgender, folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FN, Fn	Fußnote, Fußnoten
Foro it.	Il foro italiano
Gaz.Pal	Gazette du Palais
GG	Grundgesetz
GewO	Gewerbeordnung
Gior.dir.lav.rel.ind.	Giornale di diritto del lavoro e di relazioni industriali
Giur.cost.	Giurisprudenza costituzionale
Giur.it.	Giurisprudenza italiana
Giust.civ.mass.	Giustizia civile massimario
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HdWW	Handbuch der Wirtschaftswissenschaften
HGB	Handelgesetzbuch
H.M.	Herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
IG	Industriegewerkschaft
I.L.O.	International Labour Organisation
ILR	International Labour Review
ILRR	Industrial and Labour Relations Review
IR	Informations rapides
I.S.	Im Sinne
I.S.v.	Im Sinne von
J.C.P.	Juris-classeur périodique

Jhd.	Jahrhundert
J.L.	Jurisprudence de la cour d'appel de Liège
J.L.O.	Jurisprudence de louage d'ouvrage
J.O.	Journal official
Journ.	Journal
J.p.	Juge de paix
J.S.	Jurisprudence sociale
J.T.	Journal des tribunaux
J.T.T.	Journal des tribunaux du travail
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KoalG	Koalitionsgesetz
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KStG	Körperschaftssteuergesetz
Kyklos	Kyklos: Internationale Zeitschrift für Sozialwissenschaften
LFG	Lohnfortzahlungsgesetz
Lit.	Littera
Mass.giur.lav.	Massimario di giurisprudenza del lavoro
Mass.giur.it.	Massimario della giurisprudenza italiana
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
MuSchG	Mutterschutzgesetz
M.w.N.	Mit weiteren Nachweisen
NGG	Gewerkschaft Nahrung Genuß Gaststätten
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No	Numéro, numero
Nos	Numéros
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
Obs.	Note d'observation ou commentaire sous UN arrêt ou UN jugement
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
Österr.	Österreichisch
OGH	Oberster Gerichtshof
Ordo	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
Orient.giur.lav.	Orientamenti di giurisprudenza del lavoro
O.V.	Ohne Verfasserangabe
Pret.	Pretura
Prev.	Previdenta
Rac.Uff.	Raccolta ufficiale delle sentenze ed ordinanze della corte costituzionale
R.C.J.B.	Revue critique de jurisprudence belge
RdA	Recht der Arbeit
RdNr.	Randnummer
R.D.S.	Revue de droit social
Réf.	Juge de référés
Rep.Foro.it.	Il foro italiano, repertorio
Rev.trav.	Revue du travail
Rev.trim.dr.civ.	Revue trimestrielle de droit civil
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Riv.dir.lav.	Rivista di diritto del lavoro
Riv.giur.lav.	Rivista giuridica del lavoro

Riv.giur.lav.prev.soc.	Rivista giuridica del lavoro e della previdenza sociale
Riv.it.dir.lav.	Rivista italiano di diritto del lavoro
R.P.D.S.	Revue pratique de droit social
Rspr.	Rechtsprechung
R.T.	Revue du travail
RVO	Reichsversicherungsordnung
R.W.	Rechtskundig Weekblad
S.	Satz/Seite
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen
SGB	Sozialgesetzbuch
Schwbg	Schwerbehindertengesetz
SNCF	Société nationale de chemins de fer
sog.	sogenannte
Sp.	Spalte
StG	Strafgesetz
StGB	Staatsgesetzblatt
StGB	Strafgesetzbuch
Trib.	Tribunal, tribunale
Trib.inst.	Tribunal d'instance
Trib.gde.inst.	Tribunal de grande instance
Trib.trav.	Jugement du tribunal du travail
TVG	Tarifvertragsgesetz
ÜG	Überleitungsgesetz
UStG	Umsatzsteuergesetz
U.U.	Unter Umständen
U.v.m.	Und vieles mehr
Vgl.	Vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
ZAS	Zeitschrift für Arbeitsrecht und Sozialrecht
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZfH	Zeitschrift für Handelsrecht
ZgS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZPO	Zivilprozeßordnung

Einleitung

I. Die Problemstellung

1993 verwirklicht sich der Europäische Binnenmarkt. Die nationalen Wirtschaftsordnungen der Mitgliedsländer¹, die bislang durch rechtliche und faktische Unterschiede in merklichem Umfange separiert sind², rücken dann aller Voraussicht nach enger zusammen³.

Als Folge werden sich auch für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Wirtschaft Herausforderungen ergeben, die noch dadurch verstärkt werden, daß die Bundesrepublik in hohem Maße exportorientiert ist⁴.

Ob diesen Herausforderungen begegnet werden kann, richtet sich nicht zuletzt danach, wie Arbeitskonflikte gelöst werden. Dies hängt aber vor allem davon ab, wie das Streikrecht ausgestaltet ist. Die rechtlichen Regelungen der Tarifauseinandersetzungen werden auch nach der Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes zu nationalen Aufgaben der jeweiligen Mitgliedsländer gehören, so daß insoweit Unterschiede bestehen können⁵.

¹ Die Mitgliedsländer sind zur Zeit Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg, Italien, Frankreich, Niederlande, Großbritannien, Dänemark, Irland, Griechenland, Spanien, Portugal.

² So auch Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Vollendung des Binnenmarktes, S.2.

³ Diese Einschätzung teilen auch Leibfritz/Nam/Parsche ifo-schnelldienst 7/89, 11.

⁴ Zur Außenhandelsabhängigkeit der Bundesrepublik vgl. etwa Siebert, Außenwirtschaft, S.12 ff..

⁵ Nicht nur innerhalb des Europäischen Binnenmarktes 1993, sondern sogar innerhalb einer - geplanten - Wirtschafts- und Währungsunion, die als Einigungsprozeß weit über den Binnenmarkt hinausgehen soll, wird die rechtliche Ausgestaltung des Arbeitskampfes als nationale Angelegenheit gesehen. Vgl. dazu Ausschuß zur Prüfung der Wirtschafts- und Währungsunion (Delors-Bericht), S.22 f.

In der Bundesrepublik Deutschland fehlt es an einer expliziten positivrechtlichen Gewährleistung des Streikrechtes⁶. Der Streik ist weder in seinem Begriffsinhalt noch in seinen Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen und Rechtsfolgen gesetzlich geregelt. Seine wesentlichen rechtlichen Grundregeln sind vielmehr durch das BAG⁷ entwickelt worden.

Die Frage, ob sich eine explizite positivrechtliche Gewährleistung des Streikrechtes für die Bundesrepublik Deutschland empfiehlt, hat in der letzten Zeit lebhaftere Erörterung erfahren⁸. Dabei erfolgt die Beurteilung in erster Linie aufgrund allgemeiner verfassungsrechtlicher Erwägungen⁹ sowie aufgrund soziologischer Gesichtspunkte¹⁰. Teilweise werden auch einfach nur ideologische Auffassungen¹¹ wissenschaftlich verbrämt.

Die vorliegende Arbeit möchte versuchen, sich der Problematik der positivrechtlichen Gewährleistung des Streikrechtes einerseits aus rechtsvergleichender Sicht zu nähern, andererseits in die Beurteilung maßgeblich auch ökonomische Erwägungen einzubeziehen¹².

Insofern wird nur ein Teilbereich der Gesamtproblematik hinsichtlich der Frage nach einer expliziten positivrechtlichen Streikrechtsgewährleistung angesprochen. Die Arbeit verfolgt daher auch nicht das Ziel, sämtliche Gesichtspunkte abzuwägen, die sich im Zusammenhang mit einer expliziten positivrechtlichen Gewährleistung des Streikrechtes ergeben können.

⁶ Der Streik ist lediglich mittelbar und nur punktuell in positivrechtlichen Regelungen angesprochen: Art.9 Abs.3 Satz 3 GG; § 2 Abs.1 Nr.2 ArbGG; § 74 Abs.2 Satz 1 BetrVG 1972; § 66 Abs.2 Satz 2, 3 BPersVG; § 25 KSchG; § 21 Abs.6 SchwbG; § 11 Abs.5 AÜG; §§ 17, 116 AFG.

⁷ Grundlegend sind die Beschlüsse des Großen Senates des BAG vom 28.1.1955, AP Nr.1 zu Art.9 GG Arbeitskampf = SAE 1956, 1, Anm. Nikisch und vom 21.2.1971 AP Nr.43 zu Art.9 GG Arbeitskampf - SAE 1972, 1, Anm. Richardi.

⁸ Ein guter Überblick über die Erörterung findet sich bei Seiter, RdA 1986, 165, 175. Seiter gibt in FN 101 eine kurze Situationsdarstellung einer Diskussion bezüglich der Frage der gesetzlichen Regelung des Arbeitskampfes, die erkennen läßt, mit welcher Schärfe die Auseinandersetzungen geführt werden. Die Frage einer expliziten positivrechtlichen Gewährleistung wird vor allem jüngst auch im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung aufgeworfen. Im Jahre 1988 wurden von mehreren Professoren ein Gesetz zur Regelung von kollektiven Arbeitskonflikten entworfen, vgl. Birk/Konzen/Löwisch/Raiser/Seiter, Gesetz zur Regelung kollektiver Arbeitskonflikte.

⁹ Seiter, RdA 1986, 165, 170 ff.

¹⁰ Ramm in Podiumsdiskussion: Kodifizierung des Arbeitskampfrechts? in: Verhandlungen des 51. DJT, Bd. II (Sitzungsberichte) Teil R 1976, S. R.24.

¹¹ So beispielsweise Kittner, zitiert in Seiter, RdA 1986, 165, 175, FN 101; Klunker, in: Die Zeit, vom 30.7.1971, Nr.31, S.27.

¹² Nach Seiter, RdA 1986, 165, 168 haben wissenschaftliche Arbeiten, die sich mit dem Problem des Arbeitskampfrechts de lege ferenda befassen, Seltenheitswert.

Insbesondere soll durch den gewählten Untersuchungsansatz nicht die rechtsstaatliche und von Verfassungen wegen gebotene Notwendigkeit, daß der Gesetzgeber bestimmte wichtige Bereiche selbst regelt, überspielt werden¹³.

II. Mögliche Arten der Regelungen des Streikrechtes

Als mögliche Regelungsarten des Streikrechtes kommen in der Praxis der Staaten mit marktwirtschaftlicher Orientierung drei Konstellationen vor¹⁴:

Zunächst ist es möglich, daß der Gesetzgeber das Streikrecht positivrechtlich gewährleistet hat. Die zweite Möglichkeit ist die einer autonomen Regelung durch die präsumptiven Arbeitskämpfparteien. Drittens kann überhaupt keine Regelung bestehen.

Nun ist es allerdings nicht so, daß die jeweiligen Regelungsgruppen in sich homogen wären, so daß sie scharf abgegrenzt gegenüberstünden. Vielmehr bestehen in den einzelnen Gruppen wesentliche Unterschiede bezüglich des Inhaltes der Regelung und hinsichtlich der Regelungsart.

Bei aller Unterschiedlichkeit lassen sich jedoch zwei große Gruppen von Ländern separieren: Solche, in denen explizit positivrechtlich - insbesondere durch die Verfassung - das Streikrecht gewährleistet wird und solche, in denen es keine explizite positivrechtliche Gewährleistung gibt.

Auf diese Differenzierung soll sich hier die Rechtsvergleichung konzentrieren.

Es soll daher untersucht werden, ob es sich aus rechtsvergleichender Sicht, unter Berücksichtigung der ökonomischen Bestimmungsgründe, empfiehlt, in der Bundesrepublik Deutschland das Streikrecht explizit positivrechtlich - insbesondere verfassungsrechtlich - zu gewährleisten¹⁵.

¹³ Vgl. Ehmann, NZA 1991, 1, 3 f., der im Hinblick auf die sog. Wesentlichkeitstheorie darauf hinweist, daß die Regelung des Arbeitskampfes durch die Gesetzgebung zu erfolgen habe.

Ob damit allerdings eine explizite Gewährleistung des Streikrechtes verbunden sein muß, ist eine andere Frage.

Ehmann a. a. O. ist allerdings skeptisch in Bezug auf die Durchsetzungskraft des Gesetzgebers und ist der Ansicht, daß wohl nicht mit einer Normierung des Arbeitskampfes durch die Legislative zu rechnen sei.

¹⁴ Dazu Birk, RdA 1986, 205, 206.

¹⁵ De lege ferenda empfiehlt das für die Bundesrepublik Deutschland Seiter, RdA 1986, 165, 183 f.